

Arbeit und Gesellschaft: Bericht von der Jubiläumskonferenz "Polarisierung(en). Zur Zukunft von Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft" des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) e.V. am 24. und 25. Mai 2018

Stieber, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Stieber, T. (2018). Arbeit und Gesellschaft: Bericht von der Jubiläumskonferenz "Polarisierung(en). Zur Zukunft von Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft" des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) e.V. am 24. und 25. Mai 2018. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-82711-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Thomas Stieber | Veranstaltungsbericht | 26.07.2018

Arbeit und Gesellschaft

Bericht von der Jubiläumskonferenz "Polarisierung(en). Zur Zukunft von Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft" des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) e.V. am 24. und 25. Mai 2018

Wenn eine Forschungsorganisation wie das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V. ihr 50-jähriges Bestehen feiern kann, dann steht Vieles im Raum: Themen und Debatten, die in dieser Zeit en vogue waren, Forschungsansätze und Personen, die die wissenschaftliche Arbeit des Hauses prägten sowie wichtige Facetten und Wendepunkte der deutschen Gesellschafts- und Politikgeschichte, wie sie auf dem Radar der Sozialforschung erschienen – in diesem Fall dem einer besonderen Art und Ausrichtung von Arbeits-, Berufs- und Bildungssoziologie, die 1968 in Göttingen begründet und seither weiterentwickelt wurde. Diese Vielfalt kam an den zwei Tagen der gut besuchten Konferenz aus sehr unterschiedlichen Perspektiven in den Blick. Zentral war dabei neben dem eigentlichen Tagungsthema – den aktuellen „Polarisierung(en)“ in Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft – vor allem der besondere Charakter des SOFI als Ort einer „anwendungsorientierten Grundlagenforschung“.

Eine Besonderheit des SOFI ist gewiss seine Organisationsform. Laut den beiden Direktoren des SOFI, NICOLE MAYER-AHUJA und BERTHOLD VOGEL (Göttingen), bildeten auch 50 Jahre nach Gründung des „e.V.“ die möglichst langfristig gesicherten, für die Forscher/innen nicht auf Projektzyklen reduzierten Rahmenbedingungen „die Voraussetzung zur Fortentwicklung einer Sozialforschung, die die Zeichen der Zeit erkennt“. Möglich werde ein solches Forschungsmodell nicht zuletzt durch die Unterstützung des Landes Niedersachsen, aber auch die Kooperation mit der Göttinger Universität. Die enge Einbindung des Instituts in das universitäre wie auch das politische Umfeld kam in den Grußworten der Universitätspräsidentin ULRIKE BEISIEGEL (Göttingen) und des früheren Staatssekretärs im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und jetzigen

Bundesgeschäftsführers der SPD, THORBEN ALBRECHT (Berlin), zum Ausdruck.

In der anschließenden Auftakt-Session wurde das SOFI zunächst in den sozialen und historischen Zusammenhang gestellt: KLAUS DÖRRE (Jena) warf einen Blick von außen auf

das Institut, während NICOLE MAYER-AHUJA (Göttingen) das Verhältnis des SOFI zur Universität behandelte. Nicht zuletzt der neue und sehr erfolgreiche Masterstudiengang „Arbeit in Betrieb und Gesellschaft“ zeige, dass beide Seiten von der Kooperation profitieren: die Universität von Lehrveranstaltungen zu Themen aus laufenden Projekten, das SOFI von qualifiziertem wissenschaftlichem Nachwuchs. Sodann gab MICHAEL SCHUMANN (Göttingen), neben Martin Baethge und Horst Kern einer der Gründerväter und Seniorpräsident des SOFI, in einem hochinteressanten historischen Rückblick seine Antwort auf die Frage „Was wollte das SOFI 1968?“, während BERTHOLD VOGEL (Göttingen) mit seinen zukunftsgerichteten Überlegungen – „Was Sozialforschung heute leisten muss!“ – Akzente setzte.

SCHUMANN betonte sowohl Zusammenhänge als auch Differenzen zwischen der Studentenbewegung der „68er“ und den SOFI-Gründern, die zwar zur „Vor-Generation“ gehört hätten, für die es aber durchaus politische Gemeinsamkeiten mit den Protagonisten der „68er“ gegeben habe. Diese hätten sich freilich auf Seiten des SOFI mit einer wissenschaftlichen Forschungspraxis verbunden, die – etwa im Hinblick auf das Arbeiterbewusstsein – gerade keine hoffnungsfrohen politischen Botschaften produzierte, sondern ideologiekritische Befunde. In diesem Sinne bleibe für ihn die kritische Sozialforschung des SOFI weiterhin auch ein „politisches Projekt“, von dem er sich aktuell auch Aufklärung über den arbeitsweltlichen Nährboden der neuen politischen Rechtstrends sowie Beiträge zur Entwicklung von „Gegengiften in einer Demokratisierungsperspektive“ wünsche. Ähnlich argumentierte VOGEL, der von einem „Göttinger Weg der Sozialforschung“ sprach, auf dem sich – ganz im Geiste des Göttinger Soziologen und einstigen SOFI-Präsidenten Hans Paul Bahrdt – „Weltanschauungskepsis“ mit „Wirklichkeitshunger“ verbinde. Das seien Signalbegriffe einer „offenen, verstehenden, qualitativ und phänomenologisch orientierten Soziologie“, bei der der verstehende Zugang zur Wirklichkeit dazu führen soll, „offene gesellschaftliche Situationen gestaltbar zu machen“. Sozialforschung sei dabei „ein Gesprächsangebot an die Gesellschaft“, ein Ort, der Maßstäbe formuliert für die Entwicklung vitaler Demokratie und „für eine humane Gestaltung der gesellschaftlichen Arbeit“. Arbeitssoziologische Forschung, so VOGEL, müsse allerdings heute weit stärker als zu Zeiten der Institutsgründung Ende der 1960er-Jahre, die Veränderungen der Arbeit mit den lebensweltlichen Erfahrungen der Menschen verknüpfen, mit Fragen der Gesundheit und Pflege, der Mobilität und Kommunikation. Zudem müsse die Gestaltung der Arbeit „mit Fragen des Gemeinwohls, mit dem Bedürfnis nach einem verlässlichen Staat und Gemeinwesen sowie mit dem Wunsch nach einem intakten öffentlichen Raum in Verbindung gebracht werden.“ Auf diese Weise könnten von der empirisch orientierten Arbeitssoziologie neue Impulse gesellschaftstheoretischer und

-diagnostischer Art ausgehen.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des SOFI sowie mit seinem gleichermaßen wissenschaftlichen wie politischen Anspruch und Profil wurde am Ende des ersten Konferenztages abgerundet durch eine mit „Geschichte und Zukunft der Bildungsforschung“ betitelte Hommage an Martin Baethge – aus traurigem Anlass. Martin Baethge, SOFI-Mitbegründer und einer der bedeutendsten deutschen Arbeits- und Bildungssoziologen der letzten Jahrzehnte, war zu Beginn des Jahres völlig überraschend verstorben. Sein Werk als Arbeits- und Bildungsforscher, aber auch sein energisches und nachhaltiges Wirken in der universitären Lehre wie der Hochschul- und Bildungspolitik würdigten die ehemalige Bundesministerin EDELGARD BULMAHN (Hannover), KARIN KURZ (Göttingen) als Dekanin der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität, JOACHIM MÖLLER (Nürnberg), der Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, und der ehemalige SOFI-Direktor JÜRGEN KÄDTLER (Göttingen).

Zuvor schon war man mit dem ersten Panel „Arbeit in und an der Digitalisierung“ dazu übergegangen, die aktuellen Forschungen des SOFI auf das Tagungsthema der gesellschaftlichen „Polarisierung(en)“ zu beziehen und auf den Prüfstand zu stellen. Gerade die Aufklärung des Zusammenhangs von Technik und Arbeit gehöre, wie MARTIN KUHLMANN und BARBARA SPLETT (Göttingen) in ihrem Eröffnungsvortrag betonten, zum Kernanspruch des SOFI. Ausgehend von der Allgegenwart und der gleichzeitigen großen Unschärfe und Unterbestimmtheit des Digitalisierungsdiskurses, fragten sie auf der Grundlage aktueller SOFI-Forschungen danach, welche Rationalisierungstendenzen und Arbeitswirklichkeiten sich dahinter verbergen. Sie betonten die große Vielfalt von Anwendungen und Erscheinungsformen der Digitalisierung: In Logistikbereichen würden Konzepte eines digitalen Taylorismus vorangetrieben, Krankenhausinformationssysteme beschleunigten die Informationsweitergabe und erhöhten Transparenz und Prozesssicherheit, in anderen Branchen würden beratungsarme Geschäftsmodelle ausgebaut. Betriebliche Handlungsoptionen erweiterten sich auf unterschiedlichste, oft auch unabsehbare Weise, was Unsicherheit und Verunsicherung befördere. Bei näherer Betrachtung seien die Zusammenhänge zwischen Digitalisierung und Arbeit indes doch wieder durch typische Muster geprägt, die durch ein hohes Maß an Pfadabhängigkeit gekennzeichnet seien: So verstärke die Entmischung von Routineabläufen und komplexen Aufgaben Polarisierungsprozesse, bei der Prozessbeherrschung hochautomatisierter Systeme würden funktionsintegrierte Aufgabenzuschnitte forciert, restriktiven Assistenzsystemen in Angelerntenbereichen stünden unterstützungsorientierte Systeme bei Facharbeit gegenüber. Insgesamt gehe Digitalisierung mit einem wachsenden

arbeitspolitischen Gestaltungsbedarf einher – auf den die Akteure aber nicht gut vorbereitet seien.

BRIGITTE AULENBACHER (Linz) erweiterte die doch sehr industrielastige Betrachtung durch Überlegungen zur „Digitalisierung der Sorge“. Anhand einiger Digitalisierungsbeispiele aus der medizinischen Betreuung, der Pflege und Überwachung sowie der Unterstützung der Lebensführung versuchte sie zu zeigen, dass hier ein überkommenes Fortschrittsverständnis fortgeschrieben und Digitalisierung vor allem als Rationalisierung begriffen werde, was mit polarisierenden und ambivalenten Begleiterscheinungen (etwa der weiteren Trennung von Expert/innen- und Erfahrungswissen oder der Hierarchisierung von Männer- und Frauenarbeit) einhergehe. Der Blick auf die Neuordnung und die Digitalisierung des Sorgens müsse ein „Blick aufs Ganze“ sein – insbesondere auf die lebensweltlichen, sozialstaatlichen, aber auch transnationalen Einbettungen der Technikentwicklung.

BOY LÜTHJE (Guangzhou) forderte mit seinen Bemerkungen über „Digitalisierung Made in China: Digitalisierung und globale Produktionsnetzwerke“ eine globale Betrachtung von Prozessen der Technikentwicklung ein, insbesondere den Einbezug der „emerging economies“. Seine Generalthese lautete: „Segmentierter Kapitalismus erzeugt segmentierte Digitalisierung“, und mit einer solchen habe man es im chinesischen Kontext zu tun. In puncto industrielle Beziehungen und Arbeitspolitik sah LÜTHJE dort fast nur Leerstellen: etwa bei der Einbeziehung von Arbeiter/innen in den Umbau von Arbeit und Organisation, dem Schutz von Lohnstandards auf Betriebsebene, bei Tarifverhandlungen und Mitbestimmung generell beziehungsweise bei der Rolle der Gewerkschaften.

JÖRG HOFMANN (Frankfurt am Main), der Erste Vorsitzende der IG Metall, kommentierte den Beitrag von KUHLMANN/SPLETT aus dem Blickwinkel eines „Nutzers guter Forschung“. Weniger das absehbare Beschäftigungssaldo, das heißt die Frage der Arbeitsplatzverluste, sei nach seiner Einschätzung das Dramatische an der Digitalisierung der Arbeit, als vielmehr die Beschleunigung der Prozesse und damit zusammenhängend die Problematik der nötigen Mobilität von Arbeit, wie er am Beispiel der Automobilindustrie verdeutlichte. Wichtig sei künftig vor allem, wie Solidarität – als konstitutive Machtressource abhängiger Arbeit – sich in einer digitalen Arbeitswelt neu entwickeln und gestaltet werden könne. Das laufe letztendlich auf eine Debatte darüber hinaus, was man früher einmal Klassenbewusstsein genannt habe: ein politisches Handeln in gesellschaftlicher Verantwortung auch jenseits der Betriebsgrenze als letzte Triebkraft gewerkschaftlicher Politik.

Am Folgetag widmete sich das zweite Panel dann der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse. NATALIE GRIMM und NICOLE MAYER-AHUJA (Göttingen) eröffneten es mit ihrem Vortrag „Polarisierung(en) durch prekäre Arbeit?“ Sie kritisierten vor allem überkommene Arbeitsteilungen innerhalb der Wissenschaft (wie auch des SOFI), die überwunden werden müssten, um einer Beantwortung der Frage näherzukommen. Ihnen zufolge erweise sich vor allem die Arbeitsteilung zwischen „klassischer“ arbeitssoziologischer Forschung zu Arbeitsorganisation, Kontrolle und subjektiver Verarbeitung einerseits und der „Prekaritätsforschung“ (mit ihrem Fokus auf Erwerbsbiografien und Haushaltskontexte) andererseits als Erkenntnisbarriere. Sie plädierten dafür, stärker als bisher Fragen der Arbeitsorganisation und -kontrolle auch für prekäre Konstellationen zu untersuchen, und zugleich für die typischerweise von der Arbeitssoziologie analysierten Kernbelegschaften die Wechselwirkungen zwischen Nutzung und Reproduktion von Arbeitskraft sowie den Einfluss der politischen Regulierung von Arbeit in den Blick zu nehmen. Nur wenn man stabile Erwerbsarbeit und prekäre Jobs als Teil *einer* Arbeitswelt begreife, die gerade durch die ungleiche Entwicklung verschiedener Arbeitskonstellationen und die Verbindungen und Wechselwirkungen zwischen ihnen charakterisiert sei, komme man der Dynamik des Kapitalismus wirklich auf die Spur.

INGRID ARTUS (Erlangen-Nürnberg) begrüßte diese Perspektive in ihrem Kommentar als anzustrebenden „Blick aufs Ganze“, nämlich auf die Zusammenhänge von Erwerbsarbeit und Haushalt („das ganze Leben“), Erwerbsarbeit und staatlicher Regulierung („die gesamte Gesellschaft“) und von globalem Norden und Süden („die ganze Welt“). Indes blieb, wie auch im Vortrag von GRIMM und MAYER-AHUJA, etwas vage, wie ein derart umfassendes Forschungsprogramm forschungspraktisch umzusetzen wäre. MARCEL VAN DER LINDEN (Amsterdam) ergänzte die Ausführungen mit Bemerkungen über „Die Rückkehr der sozialen Frage auf globaler Ebene“. Diese verband er mit dem Wunsch, dass die künftige Forschung sich mehr mit Prozessen der – nicht zuletzt durch neue Technologien ermöglichten – Dezentralisierung von Unternehmensstrukturen, den komplexen Vertrags- und Abhängigkeitsbeziehungen von multinationalen Konzernen und globalen Produktionsketten sowie der Suche nach Alternativen zu klassischen Tarifverträgen, die für atypisch beziehungsweise prekär Beschäftigte oft wenig hilfreich seien, befassen möge.

Die Leitformel von den „Polarisierung(en)“ nahm schließlich MARTIN KRONAUER (Berlin) in seinem Kommentar kritisch aufs Korn. Er wandte sich gegen eine Aufweichung des Exklusionsbegriffs und legte plausibel dar, dass der Fokus auf Polarisierungen zwischen

Lohnabhängigen in die Irre führen könne. Hier sei präziser von Spaltungen zu sprechen, die politisch und von der Kapitaleseite gefördert würden. Die wichtigste Polarisierung hingegen verlaufe zwischen Arbeit und Kapital beziehungsweise jenen, die sich zunehmend von der Gesellschaft „exklusivierten“. In der lebhaften Diskussion wurde diese Argumentation KRONAUERS aufgegriffen und dafür plädiert, Prekarisierungs- und Spaltungsprozesse systematischer als bisher als soziale Konfliktfelder zu interpretieren.

Eine andere Perspektive auf soziale Ungleichheit stand im Zentrum des abschließenden dritten Panels, das RENÉ LEHWESS-LITZMANN und BERTHOLD VOGEL (Göttingen) mit dem Vortrag „Polarisierungen der Lebensverhältnisse. Verteilungskonflikte um öffentliche Güter“ eröffneten. Mit der thematischen Schwerpunktsetzung auf öffentliche Güter – die eine systematische Erweiterung von SOFI-Forschung repräsentiert – geriet ein empirisch wie gesellschaftstheoretisch interessantes Untersuchungsfeld in den Blick, das in Zeiten der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge in den Hintergrund getreten, aber unter den Gesichtspunkten der sozialen Gerechtigkeit und Demokratieentwicklung von hoher Aktualität ist. Normativer Bezugspunkt der Betrachtungen war das im Grundgesetz verankerte Gebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die insbesondere auch angesichts sozialräumlicher Spaltungen zunehmend gefährdet sei. Man habe es hier nicht mit *einer* zentralen Spaltungslinie (etwa zwischen Stadt und Land) zu tun, sondern mit neuen „(Mikro-)Polarisierungen“ (zum Beispiel zwischen unterschiedlichen städtischen Quartieren oder sich unterschiedlich entwickelnden ländlichen Räumen), die über die Verteilung von Wohlfahrt und Lebenschancen (mit-)entscheiden. All dies zeige, dass die normative Formel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse „wissenschaftlicher Vitalisierung und Bekräftigung [bedürfe] – im lokalen wie im europäischen Kontext“.

SILKE VAN DYK (Jena) bekräftigte in ihrem Kommentar die Aktualität der Verteilungsfrage angesichts einer Situation, in der öffentliche Güter knapp würden und neue Bedarfe entstünden. Hier sei eine ideologisch geleitete Umdeutung der sozialen Frage in eine „Frage der fürsorglichen Gemeinschaft“ zu beobachten. Dass sich damit soziale Polarisierungen beziehungsweise Spaltungen verbinden, zeigte sie am Beispiel des Pflegebereichs und der dort stark zunehmenden Freiwilligenarbeit auf. Besorgniserregend sei außerdem, dass Verteilungskonflikte vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlings- und Migrationspolitik in der öffentlichen Debatte zunehmend nationalistisch aufgeladen würden. JENS KERSTEN (München) ergänzte die bisherigen Ausführungen durch eine rechtswissenschaftliche Perspektive und erörterte, was das deutsche Grundgesetz zur Polarisierung der Lebensverhältnisse sage. Er verwies auf einige wichtige „normative Fragmente“, betonte

aber, dass die Verfassung eine Rahmenordnung darstelle, die in erster Linie aktiver demokratischer Ausgestaltung bedürfe.

In der abschließenden Diskussion war es weitgehend Konsens, dass die gerechtere Verteilung öffentlicher Güter als eine der vordringlichen gesellschaftlichen Gestaltungsaufgaben zu gelten habe, woraus sich für die Sozialwissenschaften neben theoretischen und empirischen eben auch normative Fragestellungen ergäben. Mehr als bisher, so wurde kritisch angemerkt, sollte die Forschung die ambivalente Rolle des Staates in den Blick nehmen – eine Rolle, die mit dem Schlagwort vom „Rückzug des Staates“ ebenso wenig angemessen charakterisiert werden könne wie mit der Stilisierung des Staates zum einzigen Garanten der Daseinsvorsorge. Dass in diesem Zusammenhang immer wieder der Pflegesektor adressiert wurde, war kein Zufall, zeigte sich nach Ansicht vieler Diskutanten doch gerade hier die beschriebene Ambivalenz in besonders gravierender Weise, nämlich in der Gleichzeitigkeit des Ausbaus von staatlichen Maßnahmen, der Durchsetzung von Privatisierungs- beziehungsweise Vermarktlichungsstrategien und einer Instrumentalisierung des Ehrenamtes.

Nach zwei Tagen Jubiläumskonferenz blieben am Ende zwar nicht alle, aber doch einige Fragen offen. Die Rede von den „Polarisierung(en)“, die ja den Bezug der untersuchten Arbeits-, Unternehmens- und Gesellschaftsentwicklungen zu Phänomenen sozialer Ungleichheit herstellen soll, blieb insgesamt noch zu ungenau und – gerade, wenn man den zeitdiagnostischen Anspruch ernstnimmt – theoretisch unterbestimmt, als dass man „fertige“ Antworten hätte mit nach Hause nehmen können. Dass man am SOFI aber weiterhin recht vielstimmig, beharrlich sowie anwendungs- und öffentlichkeitsorientiert mit den Mitteln empirischer Sozialforschung an der Aufklärung über Problemlagen und Gestaltungsperspektiven von Arbeit und Gesellschaft arbeitet, hat die Konferenz deutlich gemacht.

Hier geht es zur Konferenzübersicht.

Thomas Stieber

Thomas Stieber ist Sozialwissenschaftler und seit Oktober 2017 Mitarbeiter des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität. Im Rahmen des SOFI Projekts „Refugees@work. Perspektiven der betrieblichen Integration von Flüchtlingen in Niedersachsen“ promoviert er zum Wandel migrantischer Arbeit im Zeitverlauf und zu Prozessen der betrieblichen Integration von Geflüchteten.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Karsten Malowitz.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/arbeit-und-gesellschaft.html>